



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
18. Wahlperiode

Drucksache **18/2926**
23. April 2015

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Digitale Infrastruktur

I. Digitale Infrastruktur

1. Wie beurteilt die Landesregierung den derzeitigen Stand des Ausbaus digitaler Netze in Schleswig-Holstein im Festnetz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den derzeitigen Stand des Ausbaus digitaler Netze in Schleswig-Holstein im Mobilnetz?
3. Geht die Landesregierung davon aus, dass das Ziel der Digitalen Agenda, eine Mindestversorgung von 50Mbit bis 2017 flächendeckend zu gewährleisten, im Lande erreicht wird?
4. Welche Maßnahmen ergreift das Land, um dieses Ziel zu erreichen?
5. Welche Ausbauziele hat das Land über den Zeitpunkt 2017 hinaus?
6. Welche Technologien hält die Landesregierung für besonders zukunftsweisend und welche Technologien sind geeignet, den Übergang zu flächendeckenden NGAs zu gestalten?
7. Wie beurteilt die Landesregierung die Nachfrage bei Unternehmen im Land nach leistungsfähigen Breitbandanschlüssen?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Nachfrage bei Privathaushalten im Land nach leistungsfähigen Breitbandanschlüssen?
9. Was unternimmt die Landesregierung, um die Nachfrage nach Breitbandanschlüssen zu steigern?
10. Wie gedenkt die Landesregierung in der neuen Förderperiode die Landesförderprogramm für den Breitbandausbau zu gestalten?
11. Welche Schwerpunkte wird es geben?

12. Wann sollen die neuen Förderprogramme abrufbar sein?
13. Hält die Landesregierung die Angebote der I-Bank für ausreichend?
14. Wie viele Fördermittel aus welchen Förderprogrammen standen bzw. stehen für die Erschließung der Gemeinden mit Breitbandanschlüssen im Zeitraum von 2010 bis 2020 jährlich zur Verfügung? (bitte Auflistung nach Jahresscheiben und Förderprogrammen)
15. Wie viele Mittel wurden in den einzelnen Jahren 2010 bis 2014 jeweils abgerufen?
16. Konnten in den Jahren 2010 bis 2014 Anträge nicht oder nicht vollständig bewilligt werden, weil die zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft waren und wenn ja, welche?
17. Hat dies Auswirkungen auf die zukünftigen Förderkulissen und wenn ja welche?
18. Nach welchen rechtlichen Grundlagen stehen wie viele der bisher nicht abgerufenen Fördermittel in diesem und in den folgenden Jahren weiterhin zur Verfügung?
19. Welche Projekte und Maßnahmen wurden bzw. werden aus den entsprechenden Haushaltstiteln des Einzelplanes 13 für die Versorgung mit Breitband und mit welchem finanziellen Umfang gefördert? (bitte Auflistung der breitbandbezogenen und der nicht breitbandbezogenen Maßnahmen nach Jahresscheiben und finanziellem Umfang)
20. Wie viele Anträge auf Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke wurden bisher nach GAK und GRW getrennt gestellt und in welcher Höhe? (bitte nach Einzelvorhaben und Jahren aufschlüsseln)

21. Wie werden konkret Stadtwerke, Breitbandzweckverbände und Breitbandgesellschaften unterstützt und wie werden dem gegenüber private Marktteilnehmer unterstützt?
22. Wie gedenkt die Landesregierung mit der Forderung des „Kursbuchs Netzausbau“ nach einem bundesweiten Breitbandatlas umzugehen?
23. Was soll mit dem Breitbandatlas des Landes geschehen?
24. Wie beurteilt die Landesregierung sog. Neue Verlegeverfahren, bitte für Trenching, Mini-Trenching und Micro-Trenching aufgeschlüsselt?
25. Was tut die Landesregierung, um die Akzeptanz für die neuen Verlegeverfahren im Zuständigkeitsbereich des Landes zu steigern?
26. Was tut die Landesregierung, um die Akzeptanz für die neuen Verlegeverfahren im kommunalen Bereich zu steigern?
27. Was hält die Landesregierung darüber hinaus für erforderlich, um neue Verlegeverfahren verstärkt zur Anwendung zu bringen?
28. Wie beurteilt die Landesregierung die Mitnutzung bestehender Netze? Bitte gesondert beantworten nach den Bereichen Abwasser, Wasser und Gas.
29. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Baukosten für NGA-Netze zu senken?
30. Für wie viele Gemeinden in Schleswig-Holstein wurden seit 2010 Machbarkeitsstudien erstellt, die die Grundlage für die konkrete Verbesserung des Breitbandnetzes darstellen?
31. Wie viele Gemeinden haben seit 2010 eine Förderung zum Breitbandausbau erhalten, und wie viele Einwohner und Unternehmer – geteilt nach Städten und Kreisen – können so mit Breitband versorgt werden?

32. Wie viele Gemeinden sind derzeit dabei, für die Jahre 2015, 2016 und 2017 Förderanträge vorzubereiten?
33. Hält es die Landesregierung für erforderlich, lenkend auf den Breitbandausbau einzuwirken, um künftig die Unterversorgung von Gebieten zu vermeiden und wenn ja, auf welche Weise soll dies erfolgen?
34. Wie gedenkt die Landesregierung, die Anbindung von Gebäuden im Außenbereich und in Alleinlagen an NGA-Netze zu gewährleisten?
35. Welche alternativen Versorgungswege mit breitbandigem Internet für Liegenschaften im Außenbereich und in Alleinlagen hält die Landesregierung für zukunftsfähig?
36. Sieht die Landesregierung über den derzeitigen Stand hinaus Regulierungsbedarfe im Breitbandmarkt?
37. Wie ist die Aufgabe des Lenkungsausschusses definiert worden?
38. Hat der Lenkungsausschuss auf Staatssekretärebene seine Arbeit bereits aufgenommen? Falls ja, wer ist Mitglied im Lenkungsausschuss und welche ministeriellen Arbeitsgruppen und Arbeitsebenen sind konkret beteiligt und welche Ergebnisse des Lenkungsausschusses liegen bereits vor?
39. Wann hat der Lenkungsausschuss Breitbandstrategie erstmals getagt?
40. Welche Personen und Vertreter welcher Institutionen und Verbände nehmen ständig an den Sitzungen teil?
41. Welche Institutionen und Verbände werden nur gelegentlich konsultiert und wo nach richtet sich die Auswahl und wer trifft diese?

42. Welche Ergebnisse hat der Lenkungsausschuss bisher erarbeitet und welche konkreten Maßnahmen haben sich daraus für das Handeln der Landesregierung ableiten lassen?
43. Welche Aufgaben hat die Geschäftsstelle des Lenkungsausschusses, wo ist diese und in welchem Ministerium angesiedelt?
44. Mit wie viel Personal ist die Geschäftsstelle ausgestattet und wie hoch sind die jährlichen Kosten?
45. Wurden für die Geschäftsstelle Mitarbeiter eingestellt?
46. Wem ist die Geschäftsstellenleitung unterstellt und wem berichtspflichtig?

II. Gesellschaft in der Digitalisierung

47. Welches gesellschaftspolitische Leitbild verfolgt die Landesregierung im Zuge der Digitalisierung?
48. Welche neuen Wege der Teilhabe sieht die Landesregierung?
49. Was unternimmt die Landesregierung, um Teilhabe im Zuge der Digitalisierung zu gewährleisten und zu fördern?
50. Welche Chancen bietet die Digitalisierung aus Sicht der Landesregierung für die Gestaltung des Demographischen Wandels?
51. Was unternimmt die Landesregierung, um den demographischen Wandel im Zuge der Digitalisierung zu gestalten?
52. Welche Chancen bietet die Digitalisierung aus Sicht der Landesregierung für die Gesundheitsvorsorge in Schleswig-Holstein?

53. Was unternimmt die Landesregierung, um die Gesundheitsvorsorge im Zuge der Digitalisierung zu gestalten?
54. Welche Chancen bietet die Digitalisierung aus Sicht der Landesregierung für die Gestaltung der medizinischen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum?
55. Welchen Stellenwert nimmt die Verbraucherschutzpolitik innerhalb der Netzpolitik der Landesregierung ein?
56. Welche grundlegenden Handlungsschwerpunkte sieht die Landesregierung im Bereich der Verbraucherschutzpolitik im Internet?
57. Inwiefern hält die Landesregierung den geltenden Rechtsrahmen für ausreichend, um die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Verbraucherrechte im E-Commerce zu gewährleisten?
58. Welche Rolle spielt das Internet insgesamt in der Strategie der Landesregierung zur Aufklärung von Verbraucherinnen und Verbrauchern?
59. Welche Rolle sieht die Verbraucherpolitik der Landesregierung für die Verbraucherzentralen im Bereich des Verbraucherschutzes im Internet?
60. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die Entwicklungen im Bereich der Fahrerassistenzsysteme und des autonomen Fahrens sowie die Digitalisierung des Verkehrsraumes in Schleswig-Holstein zu begleiten und zu erproben?
61. Welche Chancen bietet die Digitalisierung aus Sicht der Landesregierung für die Zukunft der ländlichen Räume?
62. Was unternimmt die Landesregierung, um Chancen für die ländlichen Räume im Zuge der Digitalisierung zu nutzen?

III. Bildung und Forschung

63. Welche Hochschuleinrichtungen, Institute und Lehrstühle in Schleswig-Holstein befassen sich mit Fragen der Digitalisierung im weiteren Sinne?
64. Welche Forschungsschwerpunkte haben diese Einrichtungen? Bitte aufschlüsseln.
65. Wie plant die Landesregierung diese Einrichtungen künftig zu unterstützen?
66. Plant die Landesregierung zusätzliche Forschungskapazitäten im Bereich der Digitalisierung zu schaffen?
67. Plant die Landesregierung, zusätzliche Studienkapazitäten in Bereichen, die dem digitalen Wandel dienen, wie z.B. Informatik oder Design, auszubauen?
68. Wie wird die Digitalisierung bislang in den Lehrplänen berücksichtigt?
69. Plant die Landesregierung in diesem Zusammenhang Änderungen in den Lehrplänen?
70. Wie wird die Digitalisierung bislang in der Lehrerbildung berücksichtigt?
71. Plant die Landesregierung in diesem Zusammenhang Änderungen in der Lehrerbildung?
72. Wie wird die Digitalisierung bislang in der Lehrerfortbildung berücksichtigt?
73. Plant die Landesregierung in diesem Zusammenhang Änderungen in der Lehrerfortbildung?
74. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Digitalisierung die bestehenden medienpädagogischen Maßnahmen an Schulen und gedenkt sie, diese zu erweitern und/oder inhaltlich anzupassen?

75. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Digitalisierung die bestehenden medienpädagogischen Maßnahmen außerhalb der Schulen und gedenkt sie, diese zu erweitern und/oder inhaltlich anzupassen?
76. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Digitalisierung die bestehenden medienpädagogischen Maßnahmen für ältere Bürgerinnen und Bürger und gedenkt sie, diese zu erweitern und/oder inhaltlich anzupassen?
77. Wie gedenkt die Landesregierung künftig das Thema Digitalisierung im Unterricht zu behandeln?
78. In welcher Form soll das Thema Digitalisierung im Unterricht behandelt werden?
79. Welche inhaltlichen Schwerpunkte gedenkt die Landesregierung beim Thema Digitalisierung im Unterricht zu setzen?
80. Welche Schritte hält die Landesregierung für erforderlich, um das Thema Digitalisierung nach ihren Vorstellungen im Unterricht zu behandeln und in welchem Zeitrahmen sind diese Schritte geplant?
81. Hält die Landesregierung WLAN an allen Schulen für erforderlich? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was gedenkt die Landesregierung zur Umsetzung dieses Ziels zu tun?
82. Hält die Landesregierung die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit Tablets für erforderlich? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was gedenkt die Landesregierung zur Umsetzung dieses Ziels zu tun?
83. Wie werden die Angebote des IQSH zu IT in Unterricht und Verwaltung nach Kenntnis der Landesregierung angenommen?

84. Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen zu steigern?
85. Hält die Landesregierung die Einführung eines Pflichtfaches zur Unterrichtung einer Programmiersprache für erforderlich? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was gedenkt die Landesregierung zur Umsetzung dieses Ziels zu tun?
86. Teilt die Landesregierung die Überzeugung, dass Unternehmertum eine attraktive Option bei der Berufswahl sein sollte und wie gedenkt sie, mehr junge Menschen für diesen Weg zu gewinnen?

IV. Digitale Wirtschaft in Schleswig-Holstein

87. Gedenkt die Landesregierung die bisherige Clusterstrategie im Rahmen der Digitalisierung zu verändern oder zu erweitern? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was gedenkt die Landesregierung zur Umsetzung dieses Ziels zu tun?
88. Wie viele Unternehmen in Schleswig-Holstein wirken als Promotoren an der Digitalisierung im Lande mit?
89. Wie viele Arbeitsplätze bestehen in diesen Unternehmen und wie schätzt die Landesregierung deren künftige Entwicklung ein?
90. Wie viele Unternehmen im Lande sind mit ihrem derzeitigen Geschäftsmodell nach Einschätzung der Landesregierung durch die Digitalisierung gefährdet?
91. Wie viele Arbeitsplätze bestehen in diesen Unternehmen und wie schätzt die Landesregierung deren künftige Entwicklung ein?
92. Welche Branchen der Wirtschaft im Lande stehen nach Einschätzung der Landesregierung vor besonders großen Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung?

93. Laut Wirtschaftsminister Gabriel sehen 70 % der Mittelständischen Unternehmen die Digitalisierung noch nicht als Chance oder zumindest relevante Herausforderung für sich. Teilt die Landesregierung diese Einschätzung und wie gedenkt sie den Mittelstand auf dem Weg in die Digitalisierung zu unterstützen?
94. Wie viele Neugründungen hat es im Lande bislang im Bereich der digitalen Wirtschaft und deren Umfeld gegeben?
95. Wie viele Arbeitsplätze bestehen in diesen Unternehmen und wie schätzt die Landesregierung deren künftige Entwicklung ein?
96. Wie gedenkt die Landesregierung für Start-ups die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein zu verbessern?
97. Welche Initiativen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um Risikokapital für Start-ups zu generieren?
98. Wie beurteilt die Landesregierung bestehende Gründerzentren speziell für Start-ups in der digitalen Wirtschaft und gedenkt sie, solche Projekte auch in Schleswig-Holstein einzurichten?
99. Wie beurteilt die Landesregierung die Fachkräftelage vor dem Hintergrund ihrer Einschätzung zur künftigen Entwicklung der digitalen Wirtschaft im Lande?
100. Wie gedenkt die Landesregierung einem Fachkräftemangel in diesem Bereich zu begegnen?
101. Welche Strategie zur Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der digitalen Wirtschaft verfolgt die Landesregierung?
102. Welche Erfolge hatte diese Strategie bislang?

103. Gedenkt die Landesregierung diese Strategie zu ändern oder zu erweitern?
104. Welche grenzüberschreitenden Projekte mit Dänemark, die in Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen, sind der Landesregierung bekannt?
105. Gedenkt die Landesregierung weitere Projekte zu initiieren?
106. Gedenkt die Landesregierung solche Projekte zu fördern? Wenn ja, wie?
107. Welche Projekte die über die Landesgrenze im Bereich der Metropolregion hinausgehen und die in Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen, sind der Landesregierung bekannt?
108. Gedenkt die Landesregierung weitere Projekte zu initiieren?
109. Gedenkt die Landesregierung solche Projekte zu fördern? Wenn ja, wie?

V. E-Government

110. „Der weitere Abbau und die Reorganisation der Landesverwaltung ist vor allem durch eine Prozessoptimierung und die konsequente Einführung der elektronischen Verwaltung (E-Government) zu erreichen.“ Diese politische Zielvorgabe in der Koalitionsvereinbarung für die 17. Wahlperiode ist die Basis für den weiteren Ausbau des E-Government in Schleswig-Holstein.“, erklärt die Staatskanzlei im Internet. Welche Schritte zur Einführung der elektronischen Verwaltung hat die Landesregierung seit ihrer Regierungsübernahme unternommen?
111. Welchen Zeitplan verfolgt die Landesregierung bei der Einführung der elektronischen Verwaltung?

112. Welche Strategie und welches Leitbild verfolgt die Landesregierung bei der Einführung der elektronischen Verwaltung?
113. Welche neuen Aufgaben sieht die Landesregierung aufgrund des E-Governmentgesetzes des Bundes und in welchem Zeitrahmen gedenkt sie diese wie zu bewerkstelligen?
114. Welche Haushaltsmittel hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode für E-Government vorgesehen? (Bitte nach Jahren und Haushaltsstellen aufschlüsseln)
115. Wie viele Personen sind in der Landesverwaltung im Bereich E-Government eingesetzt?
116. Plant die Landesregierung das Internetangebot des Einheitlichen Ansprechpartner über die Startseite hinaus in z.B. Englisch anzubieten und wie ist der Zeitrahmen dafür?
117. Wie stellt die Landesregierung die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich elektronische Verwaltung sicher?
118. Plant die Landesregierung weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung über das Internet? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
119. Plant die Landesregierung Instrumente zur elektronischen Stimmabgabe zu erproben? Wenn ja, wann, wie und welche? Wenn nein, warum nicht?
120. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass bei der Einführung der elektronischen Verwaltung die Abläufe behördenübergreifend vereinfacht und ggf. neu aufgebaut werden?

121. Nimmt die Landesregierung dafür externe Beratung in Anspruch? Wenn ja, von wem, in welchen Umfang und mit welchem Auftrag?
122. Wann wurde der Arbeitsplan zur Vereinbarung zwischen Landesregierung und Kommunalen Landesverbänden zur Harmonisierung der IT-Infrastruktur zwischen Land und Kommunen vom September 2009 zuletzt fortgeschrieben?
123. Welche Schritte wurden bislang abgearbeitet?
124. Welche Schritte stehen noch aus?
125. Wann ist die nächste Fortschreibung des Arbeitsplanes vorgesehen?
126. Was gedenkt die Landesregierung nach Umsetzung der Vereinbarung mit den Kommunalen Landesverbänden zum weiteren Ausbau der elektronischen Verwaltung mit den Kommunen zu vereinbaren?
127. Wann ist mit dem in DS 18/2100 angekündigten IT-Gesamtplan der Landesregierung zu rechnen?
128. Im Haushaltsplan kündigt die Landesregierung Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten als zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben an. Welche Beschlüsse der Landesregierung wurden dazu getroffen?
129. Welche technischen Daten soll die landeseinheitliche Netzplattform aufweisen?
130. Welche Dienstleister sind damit beauftragt?

VI. Medien

131. Wie beurteilt die Landesregierung die vorgesehene Versteigerung von Frequenzen für mobiles Breitband und den Zeitplan dazu?

132. Wie beurteilt die Landesregierung die Einführung von DVB-T 2?
133. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung im Zusammenhang mit den vorstehenden Fragen ergriffen oder gedenkt sie zu ergreifen?
134. Wie gedenkt die Landesregierung die Digitalisierung des Hörfunks voranzutreiben?
135. Wie beurteilt die Landesregierung die wirtschaftliche Lage der Tageszeitungen in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung?
136. Wie beurteilt die Landesregierung das Leistungsschutzrecht für Verlage und seine bisherige Anwendung in der Praxis?

VII. Sicherheit

137. Wie beurteilt die Landesregierung den Entwurf des IT-Sicherheitsgesetzes auf Bundesebene und welche Änderungen oder Ergänzungen gedenkt sie einzubringen?
138. Wie gedenkt die Landesregierung einen Beitrag dazu zu leisten, dass die DE-mail mehr Verbreitung findet?
139. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um die Nutzungsmöglichkeiten des neuen Personalausweises zur praktischen Anwendung zu bringen?
140. Welche Position – in Grundzügen – vertritt die Landesregierung zu einer europäischen Datenschutzverordnung?

141. Ist der Landesregierung die Kritik vieler Unternehmen bekannt, nach der das deutsche Datenschutzrecht die Entwicklung von datenbasierten Diensten behindere und wie beurteilt die diese Kritik?
142. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um kritische Infrastrukturen wie Energie- oder Telekommunikationsnetze besser vor Cyberangriffen zu schützen?
143. Welche Mindeststandards gelten für Unternehmen, ihre sensiblen Daten zu schützen? Sollten von Landesseite Mindeststandards für Unternehmen definiert werden oder Unternehmen verpflichtet werden, Attacken auf ihre Systeme zu melden?
144. Welche Landesbehörden beschäftigen sich mit Cyberkriminalität und mit wie viel Geld und Personal sind diese ausgestattet?

Dr. Axel Bernstein

und Fraktion